

Stellungnahme des Referendumskomitees

Für eine Energiepolitik ohne Bürokratie und neue Stromsteuer

Dass der Kanton Bern ein neues Energiegesetz braucht, ist unbestritten. Leider konnten sich die Befürworter einer massvollen Anpassung in zwei Punkten nicht durchsetzen: Das Energiegesetz will eine neue Stromsteuer und einen Zwang zum Gebäudeenergieausweis.

Referendum mit über 20 000 Unterschriften – doppelt so viel wie nötig

Bevölkerung und Berner Wirtschaft vertragen in wirtschaftlich ungewissen Zeiten weder neue Steuern noch Ausweiszwang. Deshalb verlangt der Volksvorschlag einen Verzicht auf diese Punkte.

Nein zum GEAK-Zwang

Der Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) ist eine gute Sache. Er erlaubt eine einfache und rasche Abschätzung des Sanierungsbedarfs. Wer Fördergelder beziehen will, hat nachzuweisen, dass eine Verbesserung um mindestens zwei Effizienzklassen gemäss GEAK erzielt wird. Das ist unbestritten.

Die Minderheit im Grossen Rat und die Regierung behaupten, der GEAK-Zwang sei nötig, weil so «das Wissen verbessert» werde. Eine «Informationskampagne» auf Kosten der Hauseigentümer und Mieter, die 100 Millionen kosten wird, ist reine Geldverschwendung. Jedermann weiss auch ohne GEAK, dass alte Gebäude viel Energie verbrauchen.

Der GEAK allein nützt nichts:

- Wo aus wirtschaftlichen Gründen eine Sanierung nicht sinnvoll ist (beispielsweise mit Holz geheizte Bauernhäuser).
- Wo sie aus finanziellen Gründen nicht möglich ist (beispielsweise ältere Eigentümer in bescheidenen Verhältnissen).
- und: Mit dem GEAK allein wird kein Tropfen Öl gespart.

Nein zu neuen Steuern

Die als «Förderabgabe» bezeichnete neue Stromsteuer von 5 Prozent ist unnötig, kontraproduktiv, ungerecht und falsch.

- Unnötig, weil die sinnvolle Förderung von Energiesparmassnahmen auch ohne neue Steuern möglich ist.
- Kontraproduktiv, weil der Ersatz von Ölheizungen mit elektrischen Wärmepumpen zusätzlich verteuert wird.
- Ungerecht, weil die Steuer einzelne Gruppen (Bäcker, Landwirte, Gaststätten und Hotels) ungleich härter trifft als andere.
- Falsch, weil der CO₂-verträgliche Strom bereits heute mit zahlreichen öffentlichen Abgaben belastet wird.

Auch der Grosse Rat unterstützt den Volksvorschlag

Das Berner Kantonsparlament hat erkannt, dass das ursprüngliche Energiegesetz gravierende Mängel aufweist. Es unterstützt daher den Volksvorschlag ebenfalls.

Deshalb: Ja zum Volksvorschlag –
Nein zum Energiegesetz!